

A5NEU 4. Selbstbestimmt und solidarisch zusammenleben

Antragsteller*innen:

Text

1013 4. Selbstbestimmt und solidarisch zusammenleben

1014 Neukölln zeichnet sich durch seine vielfältige und solidarische Gesellschaft aus. Wir
1015 möchten diese bewahren und uns dafür einsetzen, dass unser Bezirk für ganz
1016 unterschiedliche Menschen ein attraktiver Lebensmittelpunkt ist. Solidarität und
1017 Gemeinsinn sind dafür genauso wichtig wie eine gut ausgestattete soziale Infrastruktur,
1018 die allen Menschen gleichermaßen zugänglich ist.

1019 Kinder und Jugendliche, die in unserem Bezirk aufwachsen, sollen die bestmöglichen
1020 Startbedingungen haben. Bildung und Freiräume sind hierfür eine zentrale Ressource. Diese
1021 Erkenntnis muss sich endlich auch in den Schulen widerspiegeln. Unsere
1022 Bildungseinrichtungen bedürfen einer angemessenen Ausstattung, um Lernen, Begegnung und
1023 Austausch zu ermöglichen.

1024 In Neukölln erleben wir besonders stark, dass unser Gemeinwesen angegriffen wird – und
1025 zwar von Rechts. Wir werden uns weiterhin für die konsequente Aufklärung der rechten
1026 Terrorserie einsetzen. Wir bleiben ein verlässlicher Partner für die
1027 zivilgesellschaftlichen, antifaschistischen Bündnisse in unserem Bezirk. Rassismus,
1028 Antisemitismus, Sexismus und LSBTIQ*-Feindlichkeit werden wir weiterhin aktiv bekämpfen
1029 und dafür Sorge tragen, dass sich alle im öffentlichen Raum sicher und frei fühlen können.
1030 Kultur spielt für den gesellschaftlichen Austausch eine wichtige Rolle. Die Freiheit der
1031 Kunst werden wir verteidigen, Künstler*innen und Kulturstandorte in unserem Bezirk stärken
1032 und die kulturelle Teilhabe aller erhöhen.

1033 Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie wichtig eine funktionierende und wohnortnahe
1034 Gesundheitsversorgung ist. Zentral hierfür sind eine einfach zugängliche ambulante und
1035 stationäre Versorgung sowie ein gut ausgestatteter öffentlicher Gesundheitsdienst. Die
1036 Privatisierung und Gewinnorientierung von Krankenhäusern haben zuletzt die Schwächen des
1037 gegenwärtigen Systems offenbart.

1038 Schlüsselprojekte:

- 1039 • „Netzwerk gegen Kinderarmut“ aufbauen
1040 Wir setzen uns für ein „Netzwerk gegen Kinderarmut“ in Neukölln ein. Darin sollen
1041 die zuständigen Verwaltungen, Institutionen und Organisationen gemeinsam mit der
1042 Zivilgesellschaft Hilfsangebote und Maßnahmen abstimmen und organisieren. Egal an
1043 wen sich ein Kind oder seine Familie wendet, im Netzwerk stehen immer sofort die
1044 Möglichkeiten des gesamten Verbunds zur Verfügung – auch in Abstimmung mit weiteren
1045 Akteur*innen auf Landesebene.
- 1046 • Schulreinigung bis 2026 rekommunalisieren
1047 Saubere Schulen sind Grundlage für gute Lernbedingungen. Gemeinsam mit vielen
1048 Eltern, Lehrkräften und Schüler*innen kämpfen wir darum für eine saubere, angenehme
1049 und anregende Lernumgebung und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. Unser Ziel ist die

1050 Schulreinigung bis 2026 vollständig zu rekommunalisieren und Schulen feste
1051 Reinigungskräfte als Teil der Schulgemeinschaft zuzuordnen.

1052 • Rechtsextreme Strukturen aufdecken, Diskriminierung abbauen und Zivilgesellschaft
1053 stärken

1054 Die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln ist noch immer nicht aufgeklärt, viele
1055 Neuköllner*innen fühlen sich von rechtsextremem Terror bedroht. Um für Aufklärung zu
1056 sorgen setzen wir uns auf Landesebene für die Einsetzung eines parlamentarischen
1057 Untersuchungsausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus ein. Mit der Einrichtung einer
1058 parlamentarischen Enquete-Kommission wollen wir diskriminierende Strukturen und
1059 Praktiken in den Berliner Sicherheitsbehörden und der Verwaltung aufdecken und
1060 Maßnahmen dagegen entwickeln und umsetzen. Außerdem setzen wir uns für die Stärkung
1061 zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Bezirk ein und unterstützen
1062 antifaschistische Strukturen, die als Anlaufstelle für Opfer rechter Gewalt tätig
1063 sind.

1064

1065 4.1. Gleiche Chancen für alle Kinder

1066 Kinderarmut bekämpfen und Familien stärken

1067 Wir Grüne wollen Chancengerechtigkeit für alle Neuköllner Kinder. Kinderarmut sagen wir
1068 den Kampf an, denn Fakt ist leider: Die soziale Herkunft entscheidet immer noch maßgeblich
1069 über Lebens- und Bildungschancen, und damit auch über die eigenen Zukunftsperspektiven.

1070 Die Hälfte der Kinder in Neukölln lebt in Familien, die auf Transferleistungen (z.B. Hartz
1071 IV) angewiesen sind. Auf Bundesebene kämpfen wir daher für eine unbürokratische
1072 Kindergrundsicherung. Sie soll ohne zusätzliche Antragstellung ausgezahlt werden und so
1073 auch gegen verdeckte Armut wirken. In Neukölln setzen wir uns für ein „Netzwerk gegen
1074 Kinderarmut“ ein. Darin sollen die zuständigen Verwaltungen, Institutionen und
1075 Organisationen gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen Hilfsangebote und
1076 Maßnahmen abstimmen und organisieren. Egal, an wen sich ein Kind oder seine Familie
1077 wendet, im Netzwerk stehen immer sofort die Möglichkeiten des gesamten Verbunds zur
1078 Verfügung. So kann zukünftig verhindert werden, dass erfolgsversprechende Angebote im
1079 „Verwaltungs-Ping-Pong“ verloren gehen.

1080 Ob Kindergeld, Kita-Gutschein, Berlin-Pass, Förderangebote oder Ummeldungen – den aktuell
1081 bestehenden Hürdenlauf von einem Amt zum nächsten können viele Familien schlicht nicht
1082 leisten. Berlinweit haben wir Grüne uns daher auch dafür eingesetzt, dass
1083 Familienservicebüros eingerichtet werden, in denen alle Fragen rund um die Themen Kita,
1084 Hort, Unterhaltsvorschuss und Elterngeld gebündelt werden. In Neukölln wird nun ein
1085 solches Servicebüro im Jugendamt eingerichtet. Den Umsetzungsprozess werden wir eng
1086 begleiten, eine Evaluierung der Arbeit des Büros beauftragen und da wo nötig
1087 Verbesserungen in die Wege leiten.

1088 Wir Grüne haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Neuköllner Projekt der
1089 Stadtteilmütter eine stabile Finanzierung durch das Land Berlin erhält. Mittlerweile hat
1090 das Projekt berlinweit Fuß gefasst: In allen Bezirken konnten
1091 sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen werden – allein in Neukölln 19 feste,
1092 zusätzliche Stellen im Jahr 2020. Unser Ziel ist es, diesen Erfolg fortzusetzen und die
1093 Finanzierung von sozialer Arbeit vor Ort, gerade auch sprach- und kulturmittelnder Peer-
1094 to-Peer-Angebote, weiter auszubauen.

1095 Verbesserung der Kinderbetreuung in unserem Bezirk

1096 Das frühkindliche Bildungsangebot ist ein wichtiger Baustein, um das Versprechen
1097 einzulösen, allen Kindern die gleichen Startchancen zu geben. Trotz großer Anstrengungen
1098 fehlen in Neukölln aber noch immer Kitaplätze. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der
1099 Kapazitätsengpass zügig abgebaut wird. Dabei wollen wir auch Bauherren stärker in die
1100 Pflicht nehmen: wo Wohnungen gebaut werden, müssen wo immer möglich auch Kitas errichtet
1101 werden. Außerdem wollen wir ein abteilungsübergreifendes Kita-Beschleunigungs-Team ins
1102 Leben rufen, das geeignete Flächen identifiziert, Träger bei der Antragsstellung für
1103 Fördermittel begleitet und die Realisierung voran treibt. Kitas in Ladenlokalen versuchen
1104 wir wo immer möglich z.B. über Abwednungsvereinbarungen zu sichern.

1105 Das Kita-Personal leistet gesellschaftlich wichtige Arbeit, ohne entsprechend dafür
1106 entlohnt zu werden. Wir möchten, dass die Mittelzuweisungen des Landes Berlin an die
1107 Träger, die Bezahlung der Mitarbeiter*innen in Höhe des TV-L abdecken. Wir werden uns
1108 gegenüber der Landesebene dafür einsetzen, dass ein Automatismus nach Tarifvereinbarungen
1109 erreicht wird und der finanzielle Eigenanteil der freien Träger schrittweise reduziert
1110 werden kann. Die Benachteiligung von Kitas in freier Trägerschaft im Rahmen der Berlin-
1111 Zulage wollen wir beenden und fordern vom Senat zudem, die Arbeitsbedingungen attraktiver
1112 zu gestalten, um ausreichend Auszubildende zu gewinnen und den Personalbedarf nachhaltig
1113 zu sichern.

1114 Solange das Kita-Angebot die Bedarfe von Familien und Kindern nicht abdeckt, braucht es
1115 flexible Angebote, um (alleinerziehende) Eltern insbesondere in den Randzeiten des
1116 Betreuungsangebots zu entlasten. Und zwar nicht nur, um Zeit für die Erwerbsarbeit,
1117 sondern auch für Erholung und Selbstverwirklichung zu haben. Wir möchten daher Netzwerk-
1118 und Lots*innendiensten – wie etwa den “Mobilen Kinderbetreuungsservice für Eltern mit
1119 besonderen Arbeitszeiten” (MoKiS) – stärken und bekannter machen.

1120 Jugend braucht Räume und Teilhabe

1121 Wir Grüne Neukölln setzen uns für eine Jugendarbeit ein, die nicht auf Presseauftritte und
1122 stigmatisierende Äußerungen setzt, sondern die Entfaltung aller Jugendlichen zum Ziel hat.
1123 Sie sollen ohne Diskriminierungserfahrungen groß werden, und sich frei entwickeln können,
1124 egal ob die Eltern viel oder wenig Geld haben. Sie sollen lernen, sich in die Gesellschaft
1125 einzubringen und politisch zu beteiligen. Die Jugendarbeit war in den letzten Jahrzehnten
1126 weitestgehend unterfinanziert. Zum einen, weil das dafür nötige Geld fehlte und zum
1127 anderen, weil sie – zu Unrecht – als „freiwilliges Angebot“ des Bezirks aufgefasst wurde.
1128 Nicht nur im dicht besiedelten Norden Neuköllns hat diese Vernachlässigung die
1129 Chancengerechtigkeit vieler Generationen Jugendlicher stark beeinträchtigt. In Rixdorf und
1130 am Reuterplatz aber auch im Süden in Buckow und Britz ist die Unterversorgung eklatant.
1131 Mit Stand von 2019 fehlen für die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen 2.366 Plätze. Vor
1132 allem die Zielgruppe älterer Jugendlicher braucht mehr Plätze in Jugendzentren. Viele der
1133 bestehenden Jugendfreizeiteinrichtungen weisen überdies einen dringenden Sanierungsbedarf
1134 auf und es fehlt oftmals an barrierefreien Angeboten.

1135 Wir kämpfen auf der Landesebene um Investitionsmittel für die Einrichtung neuer
1136 Jugendfreizeiteinrichtungen sowie für die Modernisierung der bestehenden. Bei Bauvorhaben
1137 ist vor allem auf eine ökologisch sinnvolle sowie barrierefreie Bauweise zu achten. Die
1138 Kinder und Jugendlichen sollen in die Planung einbezogen werden.

1139 Das neue Jugendfördergesetz erlaubt neben der standortgebundenen Jugendarbeit
1140 vielfältigere Angebotsformen. Auf dieser Basis möchten wir bis zur Fertigstellung neuer

1141 Jugendfreizeiteinrichtungen die fehlenden Angebote durch mobile Jugendarbeit kompensieren.

1142 Diese mobilen Angebote möchten wir im Jugendförderplan ab 2022 priorisieren.

1143 Wir möchten die Beteiligung von Jugendlichen und Kindern an politischen Prozessen ausbauen
1144 und sie Demokratie altersgerecht erfahren lassen. Wir setzen uns daher für die Einrichtung
1145 eines Kinder- und Jugendparlaments (KJP) ein, durch das sie sich an der Gestaltung ihres
1146 Bezirks beteiligen können. Die dort erarbeiteten Vorschläge und Anträge sollen regelmäßig
1147 in der Bezirksverordnetenversammlung und im Jugendhilfeausschuss angehört, besprochen und
1148 gemeinsam diskutiert werden. Im Bezirksamt soll eine Stelle eingerichtet werden, die die
1149 Arbeit des Kinder- und Jugendparlaments begleitet, Kinder und Jugendliche für die
1150 Mitarbeit gewinnt und erwachsene Multiplikator*innen sensibilisiert. Damit das KJP die
1151 Vielfalt unseres Bezirks widerspiegelt, sollen alle Kinder und Jugendlichen die
1152 Möglichkeit haben, sich dafür wählen zu lassen.

1153 Lange gemeinsam lernen an vielfältigen Schulen

1154 Bildung ist einer der wichtigsten Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Die Pandemie
1155 hat gezeigt, dass Kinder mehr benötigen als das Vermitteln von Wissen. Sich selber und die
1156 eigenen Fähigkeiten kennenlernen, soziales Miteinander und Mitbestimmung erproben – all
1157 das soll Schule stärken. Unser Ziel ist die vor Ort verankerte „Kiezschule für alle“ –
1158 gemeinsames Lernen in vielfältigen und inklusiven Gemeinschaftsschulen. Schüler*innen
1159 sollen nach unserer Vorstellung so lange wie möglich zusammen lernen und sich in einem
1160 Umfeld bewegen, das die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt und ihnen alle
1161 Bildungsabschlüsse möglichst lange offenhält. Die Kiezschule ist zugleich ein
1162 Bildungsanker, an dem Familien aus der Nachbarschaft zusammenkommen, die nachmittags und
1163 abends Räume anbietet für Sportvereine oder zivilgesellschaftliche Initiativen und so
1164 echtes Miteinander ermöglicht. Dafür bedarf es guter Konzepte für Binnendifferenzierung,
1165 Profilbildung und soziales Lernen sowie mehr Personal, um Vielfalt zum Grundbaustein von
1166 Schule zu machen. Wir wollen deshalb im Bezirk eine Vernetzungsstelle einrichten, welche
1167 in Absprache mit der Schulaufsicht und den Schulen Konzepte zur Umsetzung der "Kiezschule
1168 für alle" erarbeitet, Schulen berät und bei der Akquise von Fördermitteln hilft. Schulen
1169 müssen heute vielen Anforderungen gerecht werden. Um das leisten zu können, brauchen sie
1170 multiprofessionelle Teams, zu denen neben Lehrkräften und Erzieher*innen auch
1171 Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und mehr Verwaltungspersonal zählen. Auch
1172 Pädagog*innen, die für die Profilbildung einer Schule relevant sind und sich z.B. auf
1173 Umwelt-, Theater- oder Gesundheitspädagogik spezialisiert haben, sollten
1174 selbstverständlich zum Team gehören. Dafür machen wir uns auf der Landesebene stark. Wir
1175 wollen die engagiertesten und bestens ausgebildeten Lehrer*innen für unsere Schulen. Diese
1176 möchten wir zukünftig gezielt für unseren Bezirk begeistern. Qualifizierte
1177 Quereinsteiger*innen sollen an unseren Schulen ergänzend eingesetzt und auf diese adäquat
1178 verteilt werden.

1179 Wir wollen den Diskriminierungsschutz an Neuköllner Schulen stärken. Daher setzen wir uns
1180 für eine unabhängige bezirkliche Antidiskriminierungsstelle ein, die als Teil einer
1181 unabhängigen Beschwerdestelle auf der Landesebene und vor Ort wirken soll. Die Neuköllner
1182 Stelle soll vor Ort Vernetzungs- und Beratungsarbeit leisten, eng mit
1183 zivilgesellschaftlichen Antidiskriminierungsberatungsangeboten zusammenarbeiten und
1184 Anlaufstelle für Neuköllner Schüler*innen, Eltern, Bezirksgesellschaft und Schulpersonal
1185 sein.

1186

1187 Unser Ziel ist, dass Inklusion und Barrierefreiheit an jeder Neuköllner Schule zur
1188 Selbstverständlichkeit werden, damit alle Kinder bestmöglich gefördert werden können.
1189 Schulneubauten und Erweiterungen müssen grundsätzlich barrierefrei gestaltet und

1190 bestehende Schulgebäude sollen schnellstmöglich entsprechend weiterentwickelt werden. Hier
1191 muss das Land Berlin die Bezirke bei der Umsetzung finanziell unterstützt. Auf Landesebene
1192 setzen wir uns dafür ein die multiprofessionellen Teams weiterzuentwickeln, beispielweise
1193 indem die Ausbildung und die Arbeitssituation der Schulbegleiter*innen deutlich verbessert
1194 wird.

1195 Zur Vielfalt unseres Bezirks gehört die Förderung von Mehrsprachigkeit. Das Angebot für
1196 Nicht-EU-Sprachen - etwa arabisch - möchten wir an unseren Schulen verbessern. Für den
1197 türkischen Sprachunterricht sollen Schulen politisch unabhängige freie Träger gewinnen, um
1198 für Muttersprachler*innen und weitere interessierte Schüler*innen einen qualifizierten
1199 Sprachunterricht anzubieten.

1200 Schulneu- und -ausbau und angemessene Ausstattung

1201 Unterrichtsräume reichen auch in Neukölln schon lange nicht mehr für alle Schüler*innen
1202 aus. Viele der Bestandsgebäude im Bezirk sind zudem sanierungsbedürftig. Die rot-rot-grüne
1203 Landesregierung hat mit der „Schulbauoffensive“ ein milliardenschweres, umfassendes Neu-
1204 und Ausbauprogramm für Schulen angeschoben. Diese Maßnahme war überfällig und wurde von
1205 vorherigen Regierungen sträflich versäumt. Die Sanierung und wo nötig Erweiterung von
1206 Schulen muss eine bezirkliche Schwerpunktaufgabe werden. Um die reibungslose
1207 Zusammenarbeit der beteiligten Ämter zukünftig zu gewährleisten, möchten wir eine
1208 koordinierende Stelle einrichten. Sie soll Planung, Konzeption, Finanzierung und
1209 Durchführung abteilungsübergreifend zusammendenken und vorantreiben. Sie soll partizipativ
1210 arbeiten, realistische Ziele definieren und transparent kommunizieren.

1211 Wir werden uns für eine beschleunigte Fertigstellung der in der Planung befindlichen
1212 Schulen – etwa der Grundschule am Koppelweg – einsetzen, ebenso wie für den Ausbau und die
1213 dringende Sanierung der Bestandsgebäude. Neukölln benötigt in den nächsten Jahren viele
1214 zusätzliche Schulplätze im Grund- und Oberschulbereich. Hierfür müssen neue Flächen
1215 gesichert und bestehende (auch ehemalige) Schulflächen bzw. Gebäude dürfen nicht
1216 umgewidmet werden. So wollen wir z. B. die Grundstücke der alten Clay- und Leonardo-da-
1217 Vinci-Oberschule für Schulneubauten und andere soziale Infrastruktur erhalten.

1218 Hier haben wir in den letzten Jahren mit mehreren Machbarkeitsstudien die Grundlagen
1219 geschaffen, z.B. für die Regenbogen- und die Zuckmayer-Schule. Der Schulbau soll unter
1220 ökologischen und pädagogischen Gesichtspunkten erfolgen und die sozialräumliche Öffnung
1221 der Schulen einplanen. Wir wollen, dass Schulneubauten in Neukölln vorrangig als
1222 Gemeinschaftsschulen geplant werden. Integrierte Sekundarschulen und Gymnasien sollen
1223 darin unterstützt werden, sich zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln.

1224 Die Versorgung von Neuköllner Kindern darf nicht vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängen. Das
1225 kostenlose Mittagessen für alle Grundschüler*innen ist ein großer Erfolg, für den wir
1226 Grüne uns lange eingesetzt haben.

1227 In der Umsetzung der Muster-Ausschreibungen für das Schul-Catering durch die
1228 Senatsverwaltung werden wir weiter darauf drängen, dass beim Schulessen "bio, fair &
1229 regional" noch deutlich weiter als bisher in die Kriterien aufgenommen wird. Auch hier
1230 haben wir bereits viel erreicht. Der Bio-Anteil ist von unter 15 Prozent bereits deutlich
1231 gestiegen und wird ab 2021 auf 50% steigen. In Schulkantinen und -cafés soll durchgehend
1232 auf Einweggeschirr verzichtet werden. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Schulkantinen
1233 die Ausstattung einer Vollküche erhalten, um den gestiegenen Ansprüchen an gesunde
1234 Mahlzeiten und Ernährungsbildung auch gerecht werden zu können. Dazu gehört auch der
1235 Ersatz älterer durch energiesparende Geräte. Etwaige Platzprobleme müssen mit dem Ausbau
1236 der Kantinen zügig behoben werden. Denn viele Schulen verfügen über gar keine oder keine
1237 ausreichend große Mensa. Sie müssen bei der Umsetzung des kostenlosen Mittagessens

1238 grundlegend gestärkt werden. Um gezielt und priorisiert neue Räume für das Mittagessen für
1239 alle zu schaffen, fordern wir auf Landesebene das Mensabauprogramm finanziell deutlich
1240 aufzustocken.

1241 Schulen in Neukölln sollen Orte sein, an denen gutes Lernen möglich ist. Das geht nur,
1242 wenn die Klassenzimmer, die Gänge und die Schultoiletten sauber sind. Leider ist das
1243 derzeit nicht ausreichend der Fall. Gleichzeitig arbeiten die Reinigungskräfte häufig in
1244 prekären Arbeitsbedingungen – ein Zustand, den wir Grüne beenden möchten. Wir haben uns in
1245 dieser Wahlperiode in der Bezirksverordnetenversammlung für die Rekommunalisierung der
1246 Schulreinigung eingesetzt und damit die Forderung der Initiative „Schule in Not“, der
1247 Gewerkschaften GEW, IG Bau und ver.di unterstützt. Unser Ziel ist nun, die Schulreinigung
1248 bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode vollständig zu rekommunalisieren und Schulen
1249 feste Verantwortliche zuzuordnen, die als Teil der Schulgemeinschaft für die Sauberkeit
1250 und Pflege der Klassenzimmer, Gänge und Toiletten sorgen – in einem sicheren
1251 Arbeitsverhältnis mit fairer Bezahlung.

1252 Zuletzt hat uns die Pandemie vor Augen geführt, dass die Neuköllner Schulen in punkto
1253 Digitalisierung immensen Nachholbedarf haben. Um dem entgegenzuwirken, setzen wir uns für
1254 ein „Kickstartprogramm Digitalisierung“ ein. Das Land Berlin soll mit einem landeseigenen
1255 Unternehmen den Netzausbau selbst vorantreiben, damit alle Schulen ans Glasfasernetz
1256 angeschlossen werden. Wir fordern von der Landesebene zudem ausreichende Mittel, um
1257 Lehrer*innen und Schüler*innen mit zeitgemäßer Hardware und Software auszustatten. Wir
1258 setzen uns dafür ein, dass jedes Kind in Neukölln die Ausstattung erhält, die es braucht,
1259 um am digitalen Unterricht teilnehmen zu können. Das Bezirksamt soll die Neuköllner
1260 Schulen dabei beraten und unterstützen, eine entsprechende digitale Ausstattung
1261 aufzubauen. Für uns ist überdies klar: Digitaler Unterricht braucht eigene Konzepte und
1262 eine angepasste Pädagogik für die Wissensvermittlung auf Distanz. Dafür ist es wichtig,
1263 dass Lehrkräfte die notwendige pädagogische Weiterbildung erhalten. Schüler*innen und
1264 Lehrer*innen möchten wir Zugriff auf digitale Wissensbestände – etwa von Bibliotheken –
1265 sicherstellen.

1266 Schule weiter denken

1267 Der schulische Alltag beginnt auf dem Schulweg. Diesen möchten wir mit deutlicher
1268 Verkehrsberuhigung vor jeder Schule, kindergerechten Grünphasen an Ampeln und sicheren
1269 Radwegen verbessern. In unserem Bezirk sind viele Schüler*innen die ersten in ihrer
1270 Familie, die das Abitur ablegen und ein Studium aufnehmen. Andere machen eine Ausbildung,
1271 gründen Unternehmen oder unterstützen die Verwaltung. Wir wollen die verschiedenen Wege
1272 durch die bessere Verzahnung von Schule und Beruf, durch Beratung und kluge
1273 Übergangskonzepte von der Kita bis zur Berufs- oder Studienwahl unterstützen.
1274 Oberschultage, Jobmessen, Hospitationen an Grundschulen und Tage der offenen Tür wollen
1275 wir deshalb vernetzen und fördern.

1276

1277 Schulische Bildung wiederum endet nicht mit dem Kernunterricht. Projekttag, die Mitarbeit
1278 in Schulgärten, in Schülerzeitungen, in Theatergruppen, der Instrumentalunterricht oder
1279 diversen Arbeitsgemeinschaften tragen zur Entwicklung der Schüler*innen bei. Viele dieser
1280 Angebote werden von Schüler*innen selbst oder aber von externen Personen, Vereinen und
1281 Organisationen getragen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass entsprechende Initiativen
1282 durch den Bezirk gezielt gefördert und Mittel – etwa in Form eines Ehrenamtsprogramms –
1283 für das Engagement weiter bereitgestellt und ausgebaut werden.

1284 Schule weiter zu denken, heißt auch, andere Bildungsmethoden und -orte auszuweiten. Wir
1285 wollen die Stadtteilbibliotheken weiter stärken, deren digitale Angebote ausbauen und ihre

1286 Vernetzung mit den Schulen intensivieren. Neukölln hat darüber hinaus mit der
1287 Gartenarbeitsschule, dem Freilandlabor im Britzer Garten, dem Bezirksmuseum Neukölln, der
1288 Volkshochschule und Musikschule Neukölln und vielen anderen Institutionen ein breites
1289 Angebot außerschulischer Lernorte. Auch sie möchten wir erhalten und in ihrer
1290 Weiterentwicklung durch den Bezirk unterstützen.

1291 Sportplätze erneuern, Sport für Kinder und Jugendliche stärken Um Sporthallen und -plätze
1292 zu sanieren und diese gerade auch in den Schulen außerhalb der Unterrichtszeiten für
1293 Freizeitaktivitäten zu öffnen, sind umfangreiche Investitionen notwendig. Wir möchten den
1294 Neu- und Ausbau von Sportanlagen gezielt fördern, mit einem Fokus auf Sportarten, die
1295 bisher mit Sportflächen im Bezirk unterversorgt sind. Der vereinsungebundene Sport soll
1296 bei der Vergabe von Hallen- und Platzzeiten zukünftig stärker berücksichtigt werden. Das
1297 Programm des Neuköllner Schwimmbären wird weitergeführt. Es soll allen Neuköllner Kindern
1298 ermöglichen, das Schwimmen zu erlernen.

1299 4.2. Neukölln bleibt divers, Neukölln hält zusammen

1300 Diskriminierung beenden, Rechten Terror Bekämpfen

1301 Für viele Menschen sind Diskriminierung und Rassismus – auch im Umgang mit den Berliner
1302 Sicherheitsbehörden und der Verwaltung – Teil ihrer alltäglichen Erfahrungen. Wir fordern
1303 die Einrichtung einer parlamentarischen Enquete-Kommission, die unter der Beteiligung
1304 zivilgesellschaftlicher Akteur*innen diskriminierende Strukturen und Praktiken in den
1305 Berliner Sicherheitsbehörden und der Verwaltung aufdeckt und geeignete Maßnahmen
1306 entwickelt, um diese abzubauen. Dadurch soll auch das Vertrauen in die Verwaltung und die
1307 Behörden wieder gestärkt werden. Uns ist es wichtig, explizit die Perspektiven und
1308 Expertisen von Menschen, die von Racial Profiling betroffen sind (u.a. Schwarze Menschen,
1309 türkei- und arabischstämmige Menschen, Sintize* und Romnja*), bei der Entwicklung und
1310 Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen.

1311 Neukölln ist seit Jahren von einer Rechten Terrorserie betroffen. Wir stehen solidarisch
1312 an der Seite der Betroffenen. Der sogenannte „Neukölln Komplex“ ist bis heute nicht
1313 zufriedenstellend aufgeklärt, das Vertrauen vieler Neuköllner*innen gegenüber den
1314 Sicherheitsbehörden schwindet. Es ist ein Skandal, dass namentlich bekannte Tatverdächtige
1315 jahrelang unbehelligt agieren konnten. Während durchschlagende Ermittlungsergebnisse
1316 ausblieben, stellte sich zurecht die Frage, inwieweit die Sicherheitsbehörden in Teilen
1317 selbst in den „Neukölln Komplex“ verwickelt sind. Wir begrüßen daher die Einsetzung der
1318 Ermittlungsgruppe zur rechten Terrorserie in Neukölln und deren erste Ermittlungserfolge.
1319 Zugleich schließen wir uns der Forderung der Betroffenen und zivilgesellschaftlicher
1320 Bündnispartner*innen an: Es muss ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt
1321 werden, der alle offenen Fragen kritisch durchleuchtet, die im Zuge der Terrorserie und
1322 der Ermittlungen aufgekommen sind. Dabei möchten wir, dass der Untersuchungszeitraum Fälle
1323 seit dem Jahr 2010 berücksichtigt und auch den bis heute nicht aufgeklärten Mord an Burak
1324 Bektas sowie die offenen Fragen bezüglich des Mords an Luke Holland in den Blick nimmt.

1325 Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechts stärken

1326 Rechtsextreme, rassistische, antisemitische, frauen- homo- und transfeindliche Übergriffe
1327 sind in unserem Bezirk leider Teil des Alltags. Dem möchten wir uns systematisch und
1328 weiterhin in einem breiten Bündnis entgegenstellen. Daher setzen wir uns für die
1329 langfristige finanzielle und ideelle Förderung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im
1330 gesamten Bezirk ein und unterstützen antifaschistische Strukturen, die als Anlaufstelle
1331 für Opfer rechter Gewalt tätig sind.

1332 Im Süden Neukölln ist die rechte Szene nach wie vor aktiver und stärker sichtbar als im
1333 Norden des Bezirks. Hier kommt es fortlaufend zu rechtsextremen Markierungen im
1334 öffentlichen Raum. Die Neuköllner Registerstelle möchten wir dabei unterstützen, die
1335 Vernetzung im Süden Neuköllns auszubauen und lokale antifaschistische Bündnisse zu
1336 stärken.

1337 Im Bezirksamt möchten wir die Stelle der*s Beauftragten für Fragen gruppenbezogener
1338 Menschenfeindlichkeit einrichten. Die*der Beauftragte soll hauptamtlich unter anderem den
1339 regelmäßigen Austausch zwischen den zuständigen Abteilungen des Bezirksamts und
1340 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sicherstellen. Insbesondere die Bezirksverwaltung
1341 profitiert vom Wissensaustausch mit den (lokal verankerten) Initiativen.

1342 Fraueninfrastruktur im gesamten Bezirk stärken
1343 Zivilgesellschaftlich getragene Frauenprojekte sind in Neukölln geographisch gesehen
1344 ungleich verteilt. Im Süden unseres Bezirks gibt es keine ausreichende Infrastruktur für
1345 Frauen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Mittel bereitgestellt werden, um den Aufbau
1346 von Frauenprojekten und -angeboten – etwa in Arbeits-, Bildungs- oder Gesundheitsfragen –
1347 zu ermöglichen.

1348 Darüber hinaus möchten wir die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten mit mehr Ressourcen
1349 ausstatten. Zur Förderung von Frauen- und Mädchensport sollen regelmäßige Sportfeste im
1350 ganzen Bezirk stattfinden. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass bei der
1351 Vergabe von Zeiten auf Sportanlagen/-hallen Vereine mit einem hohen Anteil von Frauen*
1352 unter den aktiven Sportler*innen besonders berücksichtigt werden.

1353 Erinnerungskultur im (post-)migrantischen Bezirk

1354 Unsere vielfältige Bezirksgesellschaft spiegelt sich derzeit noch kaum in der
1355 Erinnerungsarbeit wider. Wir möchten den (post-)migrantischen Communities, Schwarzen
1356 Menschen und People of Color im öffentlichen Raum und in den bezirklichen Kultur- und
1357 Bildungsinstitutionen mehr Platz einräumen. Unter ihrer Beteiligung soll ein erinnerungs-
1358 und bildungspolitisches Konzept erarbeitet werden, um die vielfältige(n) Geschichte(n)
1359 unseres Bezirks und seiner Einwohner*innen in den Bezirksmuseen und -bibliotheken, in der
1360 Volkshochschule und in Geschichtswerkstätten sicherzustellen.

1361 Die Dekolonisierung des öffentlichen Raums und die kritische Aufarbeitung der
1362 Kolonialvergangenheit werden wir weiter vorantreiben. Wir fordern die Neugestaltung des
1363 kolonialhistorischen Gedenkensembles auf dem Garnisonsfriedhof am Columbiadam und
1364 möchten, dass das Bezirksmuseum Neukölln kolonialismuskritische Museumsprojekte durchführt
1365 und dafür Mittel aus dem Landeshaushalt einwirbt.

1366 Seit diesem Jahr gibt es in Neukölln die Lucy-Lameck-Straße, die an eine antikoloniale
1367 tansanische Aktivistin und Politikerin erinnert. Wir Grüne haben die Umbenennung gemeinsam
1368 mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und der Bezirksgesellschaft durchgesetzt und damit
1369 die 130 Jahre währende öffentliche Ehrung eines Kolonialverbrechers an gleicher Stelle
1370 beendet. Die kritisch einordnende Informationstafel, die wir Grüne in dieser Wahlperiode
1371 in der Woermannkehre durchsetzen konnten, kann nur der Anfang eines Erinnerungsprozesses
1372 sein, an dessen Ende die Umbenennung der Straße steht. Wir werden uns darüber hinaus dafür
1373 einsetzen, dass weitere kritische Straßenbenennungen in Neukölln systematisch erfasst
1374 werden und (Um-)Benennungen von Straßen zukünftig grundsätzlich zugunsten von Gruppen
1375 erfolgen, deren Gedenken im öffentlichen Raum immer noch unterrepräsentiert sind: Frauen*,
1376 Schwarze Menschen und People of Color.

1377 Gewalt gegen Frauen und LSBTIQ* bekämpfen

1378 Gewalt gegen Frauen und LSBTIQ* im öffentlichen Raum treten wir entschieden entgegen. Alle
1379 Neuköllner*innen müssen sich im öffentlichen Raum sicher fühlen können. Um Angsträume zu
1380 verhindern, werden wir daher die (Straßen-)Beleuchtung an Wegen verbessern, an denen dies
1381 nötig ist. Um systematisch gegen Gewalt vorzugehen, werden wir uns überdies für die
1382 Einrichtung eines regelmäßigen „Runden Tisches“ einsetzen. An diesem sollen, neben dem
1383 Bezirksamt, die LSBTIQ*-Ansprechpersonen der Polizei und zivilgesellschaftliche Projekte
1384 mit Expertisen zu queerfeindlicher und sexistischer Gewalt im Bezirk teilnehmen.
1385 Intersektionale Perspektiven sollen bei der Besetzung sichergestellt werden. Darüber
1386 hinaus möchten wir eine Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen und LSBTIQ* nach dem Vorbild
1387 der Aktion „Sicherheit-Geborgenheit-Neukölln“ initiieren, um für das Problem zu
1388 sensibilisieren und den Dialog weiter zu fördern. Wir treten für den Schutz Neuköllns
1389 queerer Orte ein. Sie sind Safer Spaces und Magnete für unterschiedlichste Communities.
1390 Wir schätzen ihr leidenschaftliches Engagement für LSBTIQ* ebenso wie für ihre
1391 Nachbarschaft.

1392 Gewalt gegen Frauen und Kinder findet nicht „nur“ im öffentlichen Raum, sondern vor allem
1393 auch im Privaten statt. Im Zuge der Pandemie sind die Gewaltvorfälle noch einmal in einem
1394 erschreckenden Maße gestiegen. Menschen, die davon betroffen sind, wissen oft nicht, wo
1395 sie Hilfe bekommen können. Wir wollen daher in Neukölln eine (mehrsprachige) Kampagne auf
1396 den Weg bringen, die Informationen über Anlaufstellen gebündelt zugänglich macht. Die
1397 Informationen sollen vor allem an Orten angeboten werden an denen potentielle betroffene
1398 Personen diese in einem geschützten Kontext lesen können. Bestehende Erstanlaufstellen,
1399 die Betroffenen von häuslicher Gewalt zur Verfügung stehen, wollen wir um ein
1400 mehrsprachiges Angebot ausbauen.

1401 Teilhabe und Sichtbarkeit der Neuköllner LSBTIQ*-Community erhöhen

1402 Neukölln hat seit langem eine vielfältige queere Community, über deren Geschichte bis
1403 heute viel zu wenig bekannt ist. Wir möchten dies ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass
1404 die umfangreiche queere Geschichte unseres Bezirks unter Beteiligung der lokalen LSBTIQ*-
1405 Communities in einem Museumsprojekt aufgearbeitet und der Bezirksgesellschaft zugänglich
1406 gemacht wird. Daneben soll es ein bildungspolitisches Begleitprogramm geben, in dessen
1407 Fokus das gegenwärtige queere Neukölln steht.

1408 Die LSBTIQ*-Community in Neukölln wächst. Wir werden im Bezirksamt die Stelle der*des
1409 Queer-Beauftragten einrichten, um den vielfältigen Anliegen gerecht zu werden. Die*der
1410 Ansprechpartner*in wird die Sichtbarkeit der Community erhöhen, deren Teilhabechancen
1411 erhöhen, die Umsetzung der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz
1412 geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ vorantreiben sowie gegen homo- und
1413 transfreundliche Gewalt im Bezirk vorgehen.

1414 Kulturelle Vielfalt und Freiräume retten

1415 Die vielen Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen Neuköllns prägen das Bild und das
1416 gesellschaftliche Leben unseres Bezirks. Wir Grüne möchten, dass die über viele Jahre
1417 gewachsenen Strukturen und zunehmend bedrohten freien Festivals und Netzwerke gestützt
1418 werden. Dazu gehören nicht nur das bekannte „48 Stunden Neukölln“, sondern auch die „Art
1419 Spaces Neukölln“, die „Offenen Ateliers Neukölln“ oder Projekte wie „Herdelezi“, das sich
1420 als Statement gegen Antiziganismus in Neukölln etabliert hat. Wir setzen uns für eine
1421 finanzielle Sicherung dieser für Neukölln so wichtigen und äußerst lebendigen Szene ein.

1422 Kunst, Soziales, Raum und Stadt sollen zusammen gedacht und gestaltet werden – wir wollen
1423 dafür das zukunftsweisende Konzept der „Urbanen Praxis“ aufgreifen und dadurch mehr
1424 Formate im öffentlichen Raum ermöglichen. Um den vielfältigen kulturpolitischen Aufgaben

1425 im Bezirk und den unterschiedlichen Akteur*innen gerecht zu werden, möchten wir einen
1426 Kulturbeirat etablieren. In diesem sollen Vertreter*innen der Freien Szene und der
1427 bezirklichen Kulturinstitutionen sitzen. Der Beirat soll das Kulturamt in allen Fragen der
1428 kulturellen Entwicklung, von der Raumnutzung und -erschließung über die Projektentwicklung
1429 und -förderung bis hin zur Förderpolitik und Mittelvergabe beraten und begleiten.

1430 Wir brauchen ein öffentliches, besser sichtbares, gut ausgestattetes sowie in Teilen auch
1431 (digitales) Kulturangebot in allen Ortsteilen Neuköllns. Insbesondere in Buckow und in der
1432 Weißen Siedlung sollen niedrigschwellige, inklusive und aufsuchende Programme entwickelt
1433 werden, damit die Bewohner*innen besser an das vielfältige Kulturleben Neuköllns
1434 angebunden sind.

1435 Auch die kulturelle Bildung muss gestärkt werden, denn ohne Musikschule keine (Neuköllner)
1436 Oper! Bezirksbibliotheken, Volkshochschule, kommunale Galerien, Jugendkunstschulen (Young
1437 Arts NK) und das Gemeinschaftshaus Gropiusstadt bieten ein unverzichtbares und für alle
1438 zugängliches Angebot. Diese Kultur- und Bildungseinrichtungen spielen eine zentrale Rolle,
1439 um kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen. Deshalb werden wir uns dafür
1440 einsetzen, dass sie ausreichend ausgestattet sind und eine größere Sichtbarkeit erhalten.
1441 Wir möchten sie dabei unterstützen, ihre Angebote auszubauen und diversitäts- und
1442 kultursensibel weiterzuentwickeln. Gegenüber der Landesebene werden wir uns zudem dafür
1443 einsetzen, dass die bezirklichen Mittel für kulturelle Bildung erhöht werden. Zukünftig
1444 sollen auch selbstorganisierte Projekte von Kindern und Jugendlichen aus diesen Mitteln
1445 gefördert werden können.

1446 Sei es das Schloss und Gutshof Britz und das Gemeinschaftshaus Gropiusstadt als zentrale
1447 Veranstaltungsorte im Süden Neuköllns oder die ehemalige Werkstatt der Kulturen ganz am
1448 Nordzipfel des Bezirks: Neuköllns Kultureinrichtungen möchten wir stärken und in ihrer
1449 Weiterentwicklung unterstützen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es eine
1450 zeitgenössische und diversitätsorientierte Weiterentwicklung dieser Orte gibt und am
1451 Kulturstandort in der Lucy-Lameck-Straße wieder eine lokal verwurzelte Institution mit
1452 gesamtstädtischer Bedeutung entsteht, die einen postkolonialen und (post-)migrantischen
1453 Schwerpunkt hat.

1454

1455 Des Weiteren müssen öffentliche Liegenschaften stärker und auch vielfältiger für
1456 kulturelle Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Die Freilichtsbühne im Gutshof Britz ist
1457 seit Jahren ebenso fast ungenutzt wie die auf dem Kulturbunker in der Rungiusstraße. Wir
1458 wollen diese Orte weiterentwickeln und auch darüber hinaus die Nutzung von bezirklichen
1459 Räumen für kulturelle Angebote ermöglichen und vereinfachen.

1460 Ganz egal ob Schwuz, Sameheads oder Schrippe Hawaii: Diese und andere Clubstandorte sind
1461 Freiräume, die unseren Bezirk prägen. Sie tragen dazu bei, dass Neukölln divers, kreativ
1462 und interessant ist. Um etwaige nachbarschaftliche Konflikte zu lösen, haben wir auf
1463 Landesebene einen Lärmschutzfond etabliert, mit Hilfe dessen lärmdämmende Maßnahmen
1464 finanziert werden können. Wir haben uns zudem dafür eingesetzt, dass Clubkultur in Berlin
1465 nun auch formal als Kultur anerkannt ist. Heute benötigen Clubs mehr als je zuvor, unsere
1466 Unterstützung, denn die Pandemie ist für viele von ihnen existenziell gefährdend. Rot-Rot-
1467 Grün hat mit der Soforthilfe IV extra für diese Kreativszene einen Hilfstopf eingerichtet.
1468 Für uns ist klar: Es wird weitere Hilfen brauchen. Wir werden uns daher auch weiterhin für
1469 Lösungen einsetzen, um die vielfältige Clubkultur in Neukölln am Leben zu erhalten.

1470 4.3. Selbstbestimmt und gesund leben

1471 Den öffentlichen Gesundheitsdienst besser aufstellen

1472 Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie wichtig ein gut ausgestatteter und
1473 funktionierender öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) ist. Wir werden uns für eine
1474 Überarbeitung der Pandemieplanung des Landes Berlin sowie der Konzeption der
1475 Mustergesundheitsämter einsetzen, um aus der Corona-Pandemie die nötigen Lehren zu
1476 ziehen. In Neukölln sind aber im ÖGD unabhängig davon an zwei Stellen Verbesserungen
1477 notwendig, für die wir Grüne uns einsetzen: Bei der Personalausstattung und bei der
1478 Digitalisierung.

1479 Das bezirkliche Gesundheitsamt hat es zuletzt nicht geschafft, alle Stellen zu besetzen.
1480 Um die Attraktivität der Arbeitsplätze kurzfristig zu steigern, wollen wir die Möglichkeit
1481 der Zahlung außertariflicher Zulagen in den medizinischen Berufsgruppen konsequent nutzen.
1482 Bei der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung werden wir uns für eine Erleichterung
1483 des Verfahrens einsetzen. Um langfristige Verbesserungen zu erreichen, werden wir uns beim
1484 Land Berlin dafür einsetzen, dass die Stellen des ÖGD im Rahmen des Tarifvertrags der
1485 Länder höher eingruppiert werden.

1486 Die Digitalisierung der Infrastruktur des ÖGD soll mit einem berlinweiten Konzept
1487 vorangetrieben werden, um ein standardisiertes System sicherzustellen. Das Neuköllner
1488 Bezirksamt soll sich in dessen Konzeption, u.a. mit den Erfahrungen beim Einsatz digitaler
1489 Meldesysteme in der Corona-Pandemie, einbringen.

1490 Stärkung der gesundheitlichen Versorgung

1491 Das Vivantes-Klinikum Neukölln ist ein wichtiger Anker der gesundheitlichen Versorgung
1492 Neuköllns. Wir freuen uns daher, dass die rot-rot-grüne Landesregierung die Modernisierung
1493 sowie den Ausbau des Krankenhauses ermöglicht und dafür die enorme Summe von 164 Millionen
1494 Euro bereitgestellt hat. Wir begrüßen überdies die Einrichtung der Notdienstpraxen für
1495 Kinder und Erwachsene am Vivantes-Klinikum Neukölln. Diese tragen zur Entlastung der
1496 Rettungsstelle bei und leisten zugleich ein Beitrag zur intersektoralen und damit
1497 umfassenden Versorgung.

1498 Die ambulante ärztliche Versorgung weist in Neukölln jedoch weiterhin eine starke
1499 Unterversorgung in zu vielen Bereichen auf. So fehlt es im Bezirk etwa an
1500 Kinderärzt*innen, Frauenärzt*innen oder Psychotherapeut*innen. Wir begrüßen zwar die von
1501 der „Kassenärztlichen Vereinigung Berlin“ im Jahr 2020 angekündigten Ansiedlungszuschüsse
1502 für unterversorgte Bezirke, diese alleine werden aber nicht genügen, um eine bessere
1503 räumliche Verteilung der ambulanten Praxen sicherzustellen. Wir möchten daher, dass die
1504 bezirkliche Perspektive stärkeren Eingang im zuständigen Landesgremium erhält,
1505 insbesondere bezüglich der konkreten Bedarfsplanung, der Entscheidungsprozesse des
1506 Zulassungsausschusses und bei der Beratung und Betreuung niederlassungswilliger
1507 Ärzt*innen. Wir wollen überdies eine systematische bezirkliche Bedarfsplanung, die die
1508 tatsächlichen Gesundheitsbedürfnisse der Neuköllner*innen ermittelt. Diese soll auch die
1509 Versorgungsbedarfe geflüchteter Menschen berücksichtigen und diese damit weiter
1510 verbessern. Schon jetzt können sich Menschen ohne gültigen „Aufenthaltstitel“ mit einem
1511 anonymen Krankenschein behandeln lassen. Damit ist Berlin das einzige Bundesland, in dem
1512 der Zugang zur hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich ist.

1513 Wir möchten die sozialraumorientierte Gesundheitsversorgung stärken, die eine
1514 niedrigschwellige ärztliche Versorgung mit sozialen Beratungsangeboten kombiniert und eine
1515 Vernetzung in die sozialräumlichen Strukturen und Netzwerke der umliegenden Kieze
1516 sicherstellt. Damit knüpfen wir an die Arbeit der letzten Jahre an: So bietet der neue und
1517 bislang einzigartige „Checkpoint BLN“ am Hermannplatz unter einem Dach niedrigschwellig
1518 Beratung, Prävention (u. a. HIV-PrEP), Tests und Behandlung rund um die sexuelle
1519 Gesundheit, insbesondere zu HIV/AIDS.

1520 Dabei werden wir uns sowohl für tragfähige Kooperationen des Bezirksamts mit bestehenden
1521 lokal handelnden Gesundheitsprojekten einsetzen – etwa mit dem entstehenden
1522 Stadtteilgesundheitszentrum des „Gesundheitskollektiv Berlin“ im Rollbergkiez – als auch
1523 die bezirklichen Planungen für ein Familiengesundheitszentrum weiter vorantreiben.

1524 Wir möchten allen Menschen den gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem
1525 ermöglichen. Insbesondere Schwarze Menschen, People of Color, Menschen mit
1526 Migrationsgeschichte und Geflüchtete sollen eine bessere gesundheitliche Versorgung
1527 erhalten. Auch für alleinlebende Senior*innen oder Menschen, die von verschiedenen
1528 Erkrankungen gleichzeitig betroffen sind, möchten wir die Gesundheitsberatung verbessern.
1529 Daher werden wir uns beim Land Berlin für die Finanzierung eines mehrsprachigen
1530 Gesundheitslots*innen-Pilotprojekts einsetzen. Dieses soll insbesondere den genannten
1531 Personengruppen Orientierung im Gesundheitssystem geben, über in Frage kommende Angebote
1532 informieren, sie bei der Beantragung zur Inanspruchnahme dieser Leistungen unterstützen
1533 sowie Präventionsangebote vermitteln.

1534 Pflegeangebote bedarfsgerecht und diversitätssensibel ausbauen

1535 Wir Grüne möchten, dass pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige Angebote erhalten,
1536 die ihren Bedarfen und Lebenssituationen entsprechen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass
1537 der Bezirk alle vier Jahre eine verbindliche Planung für die Weiterentwicklung der
1538 ambulanten, voll- und teilstationären Pflege- und Beratungsangebote sowie der
1539 palliativmedizinischen Angebote und der Hospizstrukturen erstellt. Um die realen Bedarfe
1540 zielgruppengerecht abzubilden, sollen Senior*innenvertretungen,
1541 Migrant*innenselbstorganisationen, Betroffeneninitiativen sowie Vertreter*innen von
1542 Stadtteilgruppen und der queeren Community aktiv an der Planung beteiligt werden.

1543 Wir werden uns für die diversitätssensible Öffnung bereits bestehender Pflegeangebote und
1544 Angebote der Sterbebegleitung sowie die Schaffung weiterer Einrichtungen einsetzen, um der
1545 wachsenden Zahl an Senior*innen of Color und Pflegebedürftigen mit Migrationsgeschichte
1546 Rechnung zu tragen. Dazu zählt der Ausbau von diversitätssensiblen Beratungs- und
1547 Betreuungsangeboten, die Stärkung der Pflegestützpunkte, die Bekanntmachung bestehender
1548 Selbsthilfeangebote und die mehrsprachige Informationsvermittlung. Für Patient*innen mit
1549 Demenzerkrankungen benötigen wir überdies spezielle Einrichtungen mit dafür geeigneter
1550 Ausstattung und entsprechend ausgebildetem Personal.

1551 Teilhabe von Menschen mit Behinderung

1552 Wir Grüne möchten Barrieren abbauen, damit alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen
1553 können. Daher haben wir in Neukölln dafür gearbeitet, dass die notwendigen Strukturen im
1554 Bezirksamts aufgebaut werden, um das Bundesteilhabegesetz und die UN-
1555 Behindertenrechtskonvention umzusetzen. In der kommenden Wahlperiode wird es darauf
1556 ankommen, den Paradigmenwechsel von „Fürsorge“ hin zu „Teilhabe“ tatsächlich zu vollziehen
1557 und eine sozialräumliche Betrachtung zu etablieren. Den dafür notwendigen Personalbedarf
1558 werden wir fortlaufend überprüfen und für Mitarbeiter*innen des Bezirksamts entsprechende
1559 Schulungsmaßnahmen anbieten.

1560 Kieze und Drogenkonsument*innen nicht alleine lassen

1561 In Jahr 2019 wurde in der Karl-Marx-Straße der erste Drogenkonsumraum in Neukölln
1562 eingerichtet und damit eine langjährige Grüne Forderung umgesetzt. Abhängige Personen
1563 haben dort die Möglichkeit, unter hygienischen Bedingungen Drogen zu konsumieren und mit
1564 geschulten Ansprechpartner*innen vertrauensvolle Beratungsgespräche zu führen. Zugleich
1565 wird der Kiez, dessen Bewohner*innen und Gewerbetreibende, erheblich entlastet, wenn
1566 Drogen nicht mehr auf der Straße, auf Spielplätzen oder in Bahnhöfen konsumiert werden.

1567 Wir möchten die Öffnungszeiten deutlich erweitern, um mehr Menschen zu erreichen und
1568 insbesondere obdachlosen Konsument*innen den Zugang und die Nutzung von Konsumräumen zu
1569 erleichtern, etwa indem wir Konsument*innen ermöglichen, die Räume zu nutzen, ohne sich
1570 vorher zu registrieren. Aufgrund des großen Bedarfs setzen wir uns zukünftig für den
1571 Aufbau eines zweiten, niedrighschwellig und bürokratiearm erreichbaren Drogenkonsumraums im
1572 Bezirk ein.

1573 Um der häufig sattfindenden örtlichen Verlagerung des Drogenkonsums – zuletzt etwa nach
1574 Britz – zu begegnen, halten wir zusätzliche flexible Angebote wie Drogenkonsummobile und
1575 Straßensozialarbeit für notwendig. Den Einsatz des Drogenkonsummobils wollen wir in
1576 Neukölln dauerhaft sichern. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass es – anders als zuletzt –
1577 seinen Standort ohne großen bürokratischen Aufwand wechseln kann – etwa in Form fest
1578 vereinbarter Einsatzorte, um an den Konsumschwerpunkten aktiv sein zu können.

1579 Die Straßensozialarbeit werden wir ergänzen. Mit zusätzlichen, sprachlich differenzierten
1580 Angeboten möchten wir insbesondere Konsument*innen mit Migrationsgeschichte ansprechen,
1581 die von den bestehenden Hilfsangeboten nicht erreicht werden oder Konsum- und
1582 Beratungsräume meiden, weil sie strafrechtliche Verfolgung fürchten.